Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Leipzig 21366.
Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 96. Dienstag, 26. April 1921, abends. 74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zutragegebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 30 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Lebensmittelverteilung.

In der Woche vom 25. April bis 1. Mai 1921 und zwar vom 28. April ab sollen auf Abschnitt 158 der roten und grünen Nährmittelkarte 1 ⅛ Pfund Grieß und auf Abschnitt 146 der grauen Nährmittelkarte 1 ⅛ Pfund Grieß zur Verteilung kommen.
Der Preis beträgt für 1 Pfd. Grieß 1.90 M.
Die Entnahme hat bis spätestens den 4. Mai 1921 zu erfolgen.
50 a III. Kommunalverband Großenhain, den 25. April 1921.

Freimachung von Arbeitsstellen betr.

Es wird darauf hingewiesen, daß folgende Bestimmungen der Verordnung des Demobilmachungskommissars für die Kreishauptmannschaft vom 20. November 1920 sich noch in Kraft befinden und zu beachten sind:

11. Auch im übrigen sind die Arbeitgeber verpflichtet, jede offene Stelle binnen drei Tagen nach Eintritt des Bedarfs unter Angabe der Lohn- und Arbeitsbedingungen dem für ihren Bezirk zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweis anzumelden.
12. Wird die offene Stelle auch bei einem anderen nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis (Facharbeitsnachweis) angemeldet, so ist dem öffentlichen Arbeitsnachweis der mit der Vermittlung beauftragte Facharbeitsnachweis bei der Anmeldung bekanntzugeben.
13. Jede Besetzung einer offenen Stelle, auch wenn sie durch den öffentlichen Arbeitsnachweis vermittelt worden ist, ist binnen drei Tagen unter Angabe des Vor- und Zunamens und der Wohnung der eingestellten Person dem öffentlichen Arbeitsnachweis mitzuteilen.
14. Dem Arbeitsnachweis, der die Arbeitsstelle vermittelt hat, ist sofort anzuzeigen, sobald ein zugewiesener Arbeitnehmer die Annahme der Arbeit grundlos ablehnt, die Arbeit niederlegt oder wegen grober Pflichtverletzung entlassen werden muß.
18. Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden, soweit sie nicht nach Ziffer 17 mit Buße bedroht sind, nach § 20 der Verordnung vom 25. April 1920 mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft.

Großenhain, am 22. April 1921.
Die Amtshauptmannschaft.

Brennholzverkauf.

Vom Kommunalverband ist uns ein Posten Rollenholz überwiesen worden, der bei der Firma Gebr. Hauswald, Marstraße 21, zum Preise von 85 M. für den rm zum Verkauf steht. Bezugscheine hierfür werden im Rathaus, Zimmer Nr. 5, gegen Vorlegung der Brotausweiskarte ausgegeben.
Der Rat der Stadt Riesa, den 26. April 1921.

Arbeiterzählung.

Am 2. Mai 1921 findet in der Stadt Riesa die übliche Arbeiterzählung statt. Zählformulare hierzu werden verteilt. Die Unternehmer haben diese Fragebogen am Zähltage, den 2. Mai 1921 auszufüllen, zu unterzeichnen und bis zum 4. Mai 1921 im Rathaus, Zimmer Nr. 4 — Polizeiamt — zurückzugeben.
Die Erläuterungen auf der Rückseite des Zählformulars sind genauestens zu beachten.
Der Rat der Stadt Riesa, den 25. April 1921. Absch.

Brennholzverkauf in Gröba.

Im Gemeindeamt, Zimmer 14, werden Bestellungen auf Brennholz (Scheite, Knüppel und Aeste) entgegengenommen.
Gröba (Elbe), am 25. April 1921. Der Gemeindevorstand.

Oeffentliche Schulvorstands-Sitzung Mittwoch, 27. April, abends 8 Uhr im Gasthof Walther. Tagesordnung hängt aus.
Weida bei Riesa, am 26. April 1921. Der Gemeindevorstand.

Freibank Poppitz. Morgen Mittwoch nachm. von 5—7 Uhr Rindfleischverkauf. ½ kg 5 Mark. Der Gemeindevorstand.

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 25. April.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr, gedenkt der wackeren Tiroler, die ein glänzendes Zeugnis für das deutsche Zusammengehörigkeitsgefühl abgelegt, und sendet den Gruß des Reichstages an das Land Andreas Hofers.

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme einer Regierungserklärung und die unabhängige, sowie die deutschnationale Interpellation über die auswärtige Politik.

Abg. Dißmann (Unabh.)

begründet die Interpellation seiner Partei und protestiert gegen das Verhalten der Regierung seit dem Abbruch der Londoner Konferenz. Neue Landesteile sind besetzt, eine Zollgrenze ist errichtet, neue wirtschaftliche Repressionen lasten auf uns und die Regierung tut nichts, sie schweigt. Hier handelt es sich aber um das Schicksal des deutschen Volkes und vor allem der Arbeiterklasse. Sie soll wieder auserkoren sein, die Lasten auf ihre Schultern zu nehmen. Die Stelle des Aschenbrödels paßt aber der Arbeiterschaft nicht mehr. Minister Simons sprach vorgestern von einem Vorurteil des Auslandes gegen uns, er vergißt dabei, daß das Verhalten der Regierung für das Urteil des Auslandes maßgebend ist. Es ist deshalb höchste Zeit, daß man im Auslande erfährt, wie die Arbeiterschaft denkt. Wir sind das auch der englischen, französischen und belgischen Arbeiterschaft schuldig, die ein besseres Verständnis für unsere Lage hat, als die Entente-Regierungen. Das Finden eines gemeinsamen Weges ist das Ziel der Gewerkschaften aller Länder, in Genf, Amsterdam und Kopenhagen ist man in diesem Sinne tätig gewesen. Die Politik der herrschenden Klassen, die uns in den Weltkrieg geführt hat, muß verschwinden, für uns Arbeiter gibt es keinen Sieger und keinen Besiegten. Meine Parteigenossen haben Ihnen schon während der Kriegsjahre, wenn die Jubelglocken klangen, oft genug zugerufen, wir würden für die Folgen eintreten müssen. Jetzt ist es soweit und nun möchten Sie die Trauerglocken läuten. Können Sie sich wundern, daß jetzt Sanktionen kommen? Ist nicht der Frieden von Versailles und das Diktat von Spa nur ein grelles Spiegelbild des Friedens von Brest Litowsk? (Großer Lärm und Proteste rechts.) Aber nicht eine einzige Regierung der Welt hat Verständnis für das Elend der großen Masse. Daher haben wir auch kein Vertrauen zu dem Appell an Amerika. Präsident Harding ist auch nur ein Vertreter der nationalistischen und kapitalistischen Herrenklasse. Der Schritt unserer Regierung ist vom reinsten Egoismus der herrschenden Klasse diktiert. Die deutsche Wirtschaftskrise hat sich nicht gebessert, aber auch in anderen Ländern beginnt die Krise sich auszudehnen, ein Beweis, daß unser Unglück die andern mit sich reißt. Demgegenüber kann nur eine Einigung auf das von der internationalen sozialistischen Arbeitsgemeinschaft entworfene Ausgleichsprogramm helfen, das auch die Wiedergutmachung mitumfaßt, und dem die sozialistische Partei Frankreichs, die unabhängige Arbeiterpartei Englands u. die Deutsche unabhängige sozialdemokratische Partei zustimmen. Das Verhalten Bayerns ist nicht geeignet, uns im Ausland Vertrauen zu erwerben, im Osten sind angeblich Maßnahmen eingeleitet, um eine eventuelle Mobilmachung sofort durchführen zu können, die sich angeblich gegen Polen richten soll (Proteste rechts). In diesem Augenblick, wo uns die schwersten Sanktionen drohen, wo es ein Wahnsinn ist, die Massen im nationalistischen Sinne aufzupeitschen, ist es ein Verbrechen am Volke, mit solchen Dingen zu spielen. Herr Helfferich, der einmal wieder das große Wort führe, habe allen Anlaß stille zu sein. (Als Redner die verstorbene Kaiserin in die Debatte zieht, verläßt die Rechte und das Zentrum unter [illegible] demonstrativ den Saal.) Für die Politik unserer Regierung, die schon vom Anbeginn an ein Zickzackkurs war, hat man im Ausland kein Verständnis. Die nationalistischen Kundgebungen, die [illegible], überhaupt keine neuen Angebote zu machen, haben uns geschadet. Die schließliche Folge war das Telegramm an den Präsidenten Harding, das uns auf Gnade und Ungnade an ihn ausliefert. Für einen solchen schwankenden Regierungskurs, der uns nur lächerlich machen kann, hat die Arbeiterschaft nichts übrig. [illegible]

ein nationales Wiederaufbauamt in Verbindung mit einem internationalen Wiedergutmachungsamt. Deutschland muß in erster Linie mit seiner Arbeitskraft helfen. Die Kosten der Sachleistungen müssen durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden. Die Zinsen müssen aufgebracht werden aus den ungezählten Milliarden, die deutsche Kapitalisten nach neutralen Banken verschoben haben. Die riesigen Kapitalgewinne des Anilinkonzerns und anderer Gesellschaften müssen endlich steuerlich herangezogen werden.

Abg. Dr. Hoetzsch (Dnt.)

begründet die deutschnationale Interpellation. Sie ist erfolgt, weil die Politik der Regierung je näher der erste Mai kam, immer unklarer wurde. Aber es kam keine Aufklärung. Wir bedauern, daß der Außenminister auch heute nicht beim Beginn der Sitzung seine Haltung erklären konnte. Ohne eine solche Erklärung ist die Begründung unserer Interpellation sehr schwierig. Das Ergebnis der sechswöchigen Arbeit des auswärtigen Amts ist die vollendete Entwürdigung Deutschlands, die bedingungslose Kapitulation vor dem Auslande in dem Telegramm an Harding, das von weiten Kreisen des deutschen Volkes als ein Schlag ins Gesicht empfunden wurde. Warum sind in den 6 Wochen nicht die deutschen Vorschläge so fertiggestellt worden, daß sie jetzt in dem Augenblick vorliegen konnten, wo Briand und Lloyd George zusammentraten. Wie verträgt sich die jetzige Haltung der Regierung mit dem vom Außenminister in seiner letzten Rede aufgestellten Programm. Was hat der Außenminister getan, um mit dem vorliegenden wertvollen Material die Behauptungen von der deutschen Kriegsschuld zu widerlegen? Was ist in der oberschlesischen Frage geschehen und was geschieht gegen die Gefahr eines polnischen Einfalles? Es wäre in der jetzigen Situation angemessener gewesen, wenn der Außenminister nicht einem französischen Journalisten ein Interview gegeben hätte, das einen deutlichen Gegensatz zu seinen Ministerkollegen enthält, dessen Inhalt Deutschland vorher nicht bekannt war und das von vielen Deutschen als Schlag ins Gesicht empfunden wurde. Ist es richtig, daß das Außenministerium der Reparationskommission gegenüber zugegeben hat, daß es sich in seinen bisherigen Schätzungen der Reparationsleistungen zu Deutschlands Gunsten geirrt habe? (Hört, hört!) Wie ist es vor allem möglich, daß in einem parlamentarisch regierten Staate die Regierung eine neue hochwichtige Vermittlungsaktion unternehmen konnte, ohne den Auswärtigen Ausschuß davon zu unterrichten. Wir protestieren gegen diese verfassungswidrige Geheimniskrämerei. Welche Schritte hat die Regierung unternommen gegen die Urheber der Indiskretionen in der „Germania", die geradezu an Landesverrat streifen? (Sehr wahr.) Haben die Verfasser des Telegramms an Harding garnicht bedacht, wie diese nationale Würdelosigkeit im Volke wirken mußte? (Sehr wahr.) Hat die Regierung nicht gewußt, daß Briand jede Vermittelung dritter Stellen ausdrücklich abgelehnt hat? Warum sind die deutschen Reparationsvorschläge nicht schon längst veröffentlicht worden? Durch die Erklärung der Regierung, sie wolle jetzt mit ihren Vorschlägen bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit gehen, wird bei der Entente der falsche Eindruck erweckt, das sei bisher nicht geschehen. Tatsächlich ist aber der Außenminister schon mit seinen ersten Vorschlägen in London über die Grenze der Leistungsfähigkeit gegangen. Die Außenpolitik der letzten 6 Wochen war weder klar, noch eindeutig. Wir lehnen die Verantwortung für eine Politik ab, die nur geeignet ist, das deutsche Volk immer tiefer in den Abgrund zu führen (Beifall rechts).

Außenminister Dr. Simons:

Die Note der deutschen Regierung ist jetzt in Washington eingegangen. In diesem Augenblick halten wir und die amerikanische Regierung es nicht für angezeigt, Wortlaut und Inhalt der Note schon mitzuteilen. Wir wollen das erst morgen mittag tun. Wir schlagen deshalb vor, die Beantwortung der Interpellation auf morgen zu vertagen. Nach den schweren Angriffen des Abg. Hoetzsch gegen mich fällt mir das Festhalten an diesem Vorschlag sehr schwer. Ich muß aber daran festhalten und bitte, daraus nicht zu schließen, daß ich auf seine Angriffe nicht dieses und jenes sofort erwidern könnte.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Deutschland soll 1 Milliarde Goldmark ausliefern.

Nach einer von der Agence Havas veröffentlichten Note der Reparationskommission hat diese in ihrer Vollsitzung am Montag, den 25. April, infolge der Ablehnung der deutschen Regierung, den Metallbestand der Reichsbank nach Koblenz oder Köln überführen zu lassen, beschlossen, die Ablieferung von 1 Milliarde Goldmark an die Bank von Frankreich bis spätestens 30. April zu verlangen.

Die Beratungen in Lympne.

Reuters Sonderberichterstatter in Hythe drahtet: Lloyd George teilte mit, daß die beiden Premierminister weitere Strafmaßnahmen erörtert hätten. Eine Schwierigkeit sei offenbar die gewesen, daß eine neue deutsche Note unterwegs sei. Obgleich keine Einwendungen dagegen erhoben werden konnten, daß diese an Amerika gesandt wurde, schien es bedauerlich, daß eine Kopie nicht auch hierher gesandt worden sei. Die letzte deutsche Note sei in dem, was sie sagt, zweifellos zufriedenstellend, aber sie behandle nur einen Teil der Gesamtfrage und berühre nicht einmal den Rest des Reparationsproblems. Es unterliege anscheinend keinem Zweifel, daß alle Alliierten zur Konferenz am Sonnabend erscheinen würden.

Dem Vernehmen nach sind die Besprechungen in Hythe in freundschaftlichstem Geiste geführt worden. Niemand wünscht das Ruhrgebiet zu besetzen. Aber es besteht kein Zweifel, daß Deutschland in der Erfüllung seiner Verbindlichkeiten säumig ist. Es herrscht die Meinung, daß Deutschlands letzte Note nur Aenderungen, aber keinen Plan enthält. Sie ist indessen noch nicht verworfen worden. England wünscht keine Bedingungen aufzuerlegen, ist aber völlig überzeugt, daß Deutschland in der Lage ist, gemäß den Pariser Bedingungen zu zahlen.

Die Arbeiten der Reparationskommission. Aus Paris wird gemeldet: Die Reparationskommission ist noch mit den Schätzungsarbeiten für die Kriegsschäden beschäftigt, um für den 30. April den Gesamtbetrag der deutschen Reparationen festzusetzen. Die Kommission beschäftigte sich am Montag außerdem mit folgenden drei Fragen: 1. Festsetzung des Wortlauts der Antwort auf die deutsche Note über die Ueberführung des Goldbestandes der Reichsbank in das besetzte Gebiet und über die Verlängerung des Ausfuhrverbots für Gold; 2. endgültige Prüfung der noch durchzuführenden Reparationen für die Schätzung der von Deutschland auf Grund des Artikels 235 des Friedensvertrages bewirkten Leistungen; 3. die durch Aussetzen der deutschen Viehlieferungen erforderlichen Maßnahmen. — Wie der „Intransigeant" mitteilt, wird die Reparationskommission am Mittwoch eine Plenarsitzung ohne die Deutschen abhalten, in der die Umrechnung der Schadenaufstellung der verbündeten Länder in Goldmark vorgenommen und der Gesamtbetrag der deutschen Schuld festgestellt werden soll. Am Freitag wird die endgültige Rechnung jedes einzelnen der verbündeten Länder überreicht werden.

Französischer Ministerrat. Wie Havas mitteilt, sollte gestern abend unter Vorsitz Millerands ein Ministerrat stattfinden. Der oberste Kriegsrat war um 3 Uhr nachm. unter Vorsitz Millerands im Elysee zusammengetreten; außer dem Kriegsminister wohnte der Sitzung Marschall Foch, Joffre, Pétain und Franchet d' Esperay bei.

In Amerika ist man hoffnungsvoll. Eine amtliche Meldung aus Washington besagt: Man ist hier sehr hoffnungsvoll, daß die neuen deutschen Vorschläge die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten unter Teilnahme Amerikas gestatten werden. — Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat einen Bericht erstattet, der sich zugunsten der Resolution Knox über die Herstellung des Friedenszustandes mit Deutschland erklärt.

Zur Volksabstimmung in Tirol.

An die Landesversammlung in Innsbruck hat der Präsident des deutschen Reichstages Loebe folgendes Telegramm gerichtet: Erfreut und begeistert von dem glänzenden Ergebnis der gestrigen Volksabstimmung sendet Ty[illegible]